

Mitteilungen

FOLGE 178
OKTOBER 2006

„Das Volk sitzt zu Gericht“

Claudia Kuretsidis-Haider

In ihrer vor kurzem erschienenen Publikation thematisiert DÖW-Mitarbeiterin Claudia Kuretsidis-Haider den Umgang der österreichischen Justiz mit NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954. Kuretsidis-Haider ist Ko-Leiterin der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz und derzeit u. a. am DÖW-Projekt Namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung 1938–1945 beteiligt.

Mit der Anzeige Rudolf Kronbergers, eines 40-jährigen Fleischhauers und Selters aus dem 3. Wiener Gemeindebezirk, begannen im Mai 1945 die umfangreichsten und am längsten andauernden gerichtlichen Ermittlungen wegen NS-Verbrechen in der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte Österreichs. Sie zogen zwischen 1945 und 1954 zahlreiche Prozesse in Wien nach sich, sechs davon erhielten die Bezeichnung „Engerau-Prozesse“.

Die Tatsache, dass österreichische Gerichte Verbrechen an ungarischen Juden, die beim „Südostwall“-Bau auf dem Gebiet der ehemaligen „Ostmark“ Zwangsarbeit leisten mussten, nach 1945 nach österreichischen Gesetzen ahndeten, war über Jahre hinweg ein Forschungsdesiderat und ist international nach wie vor weitgehend unbekannt. Neben den Engerau-Prozessen fanden in Wien, Graz und Linz eine Reihe weiterer „Südostwallverfahren“ statt, wie beispielsweise wegen eines Massakers an ungarischen Juden im burgenländischen Rechnitz, wegen der Ermordung von ungarischen Juden in Deutsch-Schützen, sowie Prozesse wegen Verbrechen beim „Südostwall“-Bau im burgenländischen Strem. Neben Verbrechen an der österreichischen Zivilbevölkerung zu Kriegsende und Verbrechen bei der Räumung von Justizanstalten zählen die Morde beim „Südostwall“-Bau zu den so genannten „Endphaseverbrechen“, die in Österreich häufig Gegenstand von Verfahren waren. Diese wurden von den — seitens der Provisorischen österreichischen Regierung bereits im Mai 1945 installierten — Volksgerichten auf der Grundlage eigens dafür verabschiedeter Gesetze durchgeführt.

Nach einer mittlerweile mehr als zehnjährigen Forschungstätigkeit der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz ist es nunmehr möglich, eine umfangreiche Arbeit über die Tätigkeit der österreichischen Volksgerichte anhand eines Fallbeispiels — nämlich eines Prozesskomplexes betreffend die Ahndung von Verbrechen an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern — vorzulegen. Herangezogen wurden dafür die sechs Engerau-Prozesse, die das Volksgericht Wien zwischen August 1945 und Juli 1954 wegen

der von SA-Männern und „Politischen Leitern“ an ungarischen Juden verübten Verbrechen im Zuge des „Südostwall“-Baues im Grenort Engerau/Petrzalka (bei Pressburg/Bratislava) und des zu Kriegsende erfolgten Evakuierungsmarsches nach Bad Deutsch-Altenburg sowie des anschließenden Schiffstransportes nach Mauthausen durchführte, sowie einige damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende Verfahren.

Ziel dieser rechts- und zeitgeschichtlichen Untersuchung ist eine Analyse der prakti-



**Ernestine Epstein, Wien,
geboren am
20. Juni 1882**

Wegen „Verdachts des Abhörens des Feindrundfunks, der Verbreitung von Gräuelnachrichten und des Vergehens gegen die Verbrauchsregelungsverordnung“ wurde

Ernestine Epstein gemeinsam mit ihrem Mann Johann Epstein am 2. 9. 1941 festgenommen.

Beide wurden am 9. 10. 1942 von Wien nach Theresienstadt deportiert.

Johann Epstein kam dort am 26. 1. 1943 um. Ernestine Epstein wurde am 12. 10. 1944 nach Auschwitz überstellt, wo sie ebenfalls umkam.

Nicht mehr anonym

Rund **3.900 Fotos** aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien und Kurzbiographien der Opfer im Internet

www.doew.at

Die Kartei, die aus Beständen des Wiener Stadt- und Landesarchivs stammt, wurde 2001 im DÖW gescannt und in einer Datenbank erfasst.

Fehlende Fotos konnten teilweise aus den Beständen des DÖW ergänzt werden.

schen Tätigkeit des Volksgerichts Wien auf der Grundlage der über 8.000 Seiten umfassenden Gerichtsakten in der Strafsache Engerau, die sich über fast den gesamten Zeitraum des Bestehens der österreichischen Volkgerichtsbarkeit erstreckte. Die sechs Engerau-Prozesse wurden gegen 21 Personen geführt; neun von ihnen wurden zum Tode verurteilt: das waren 21 Prozent der Gesamtzahl an Höchsturteilen der österreichischen Volksgerichte. Da der Quellenwert eines Gerichtsaktes nicht nur in der Anklageschrift, dem Hauptverhandlungsprotokoll und dem Urteil begründet ist, wird für alle Prozesse dem Gang des Verfahrens gefolgt. Intention dieser Vorgangsweise war es, die Ermittlungstätigkeit der Sicherheitsbehörden und der Staatsanwaltschaft zu dokumentieren, Änderungen im Erkenntnisinteresse des Gerichts im Laufe des Vorverfahrens aufzuzeigen, Aussagen von ZeugInnen jenen der Beschuldigten gegenüberzustellen, zu vergleichen, welche im Vorverfahren hervorgekommenen vermutlichen Tatbestände für anklagereif erachtet wurden, Anklageschrift und Urteilsbegründung einem Vergleich zu unterziehen, die Hauptverhandlungsprotokolle hinsichtlich strafprozessrechtlicher Fragestellungen und Auseinandersetzungen zu untersuchen und schließlich den Vollzug des gefällten Urteils zu beleuchten. Auf der Grundlage der Staatsanwaltschaftlichen Tagebücher war es in manchen Fällen möglich, Entscheidungsprozesse innerhalb der Staatsanwaltschaft zu rekonstruieren, die aus den Gerichtsakten nicht hervorgehen würden.

Der 1. Engerau-Prozess von 14. bis 17. August 1945 gegen vier Angehörige der SA-Lagerwache von Engerau war die erste Hauptverhandlung vor einem österreichischen Volksgericht und zog eine dementsprechend große öffentliche Aufmerksamkeit nach sich. Hier konnte daher aufgrund der umfassenden Zeitungsberichterstattung ein anschauliches Bild des Prozessverlaufes nachgezeichnet werden. Generell war die Frage des Umgangs mit NS-Verbrechen nicht nur in Österreich zu dieser Zeit ein öffentlich viel diskutiertes Thema, was eine historische Kontextualisierung möglich macht. In diesem Zusammenhang ist auch der 2. Engerau-Prozess von 12. bis 15. November 1945 gegen weitere fünf Bewachungsorgane zu sehen, der quasi als Fortsetzung des ersten Prozesses geführt wurde, allerdings bereits vor dem Hintergrund des Alltags der Volksgerichtsprozesse.

Der 3. Engerau-Prozess von 16. Oktober bis 4. November 1946 war das größte

Verfahren in der Strafsache Engerau und fiel in die Zeit des Höhepunkts der Volksgerichtsbarkeit in Österreich. In dieser Zeit fanden die wichtigsten, größten und spektakulärsten Prozesse statt. Aufgrund der großen Anzahl von Beschuldigten — unter den zehn Angeklagten befanden sich der für die Schanzarbeiten zuständige Unterabschnittsleiter und sein Stellvertreter sowie die beiden SA-Lagerkommandanten — und des mit elf Bänden großen Umfangs an Aktenmaterial konnte das Vorverfahren lediglich hinsichtlich der Ermittlungsgegenstände untersucht werden. Dessen Verlauf wäre auch nicht mehr rekonstruierbar gewesen, da große Teile des Aktes in Verstoß geraten sind und offenbar nur mehr die wichtigsten Dokumente wiederhergestellt bzw. neu angelegt wurden.

Nach dem Ende des 3. Engerau-Verfahrens bemühte sich die Staatsanwaltschaft Wien vergeblich, weiteren mutmaßlichen Hauptverantwortlichen für die Verbrechen in Engerau den Prozess zu machen. Der — trotz nie durchgeführter Hauptverhandlung — als „4. Engerau-Prozess“ bezeichnete Gerichtsakt ist neben dem 3. Engerau-Prozess der von der Seitenzahl umfangreichste. Er besteht aus zahlreichen Ermittlungsverfahren, die im Laufe der Zeit ausgeschieden, in anderen Verfahren einbezogen bzw. wieder rückerbezogen wurden. Zudem befinden sich im Akt eine Unzahl von Abschriften der vorangegangenen Untersuchungen in der Strafsache Engerau. Der Zustand dieses Gerichtsaktes spiegelt quasi den Zustand der österreichischen Volksgerichtsbarkeit zu dieser Zeit wider, der geprägt war vom Bestreben, die justizielle Ahndung von NS-Verbrechen endlich abzuschließen, nicht zu-

letzt vor dem Hintergrund der Wiedereingliederung ehemaliger NationalsozialistInnen in die Gesellschaft und dem Buhlen um Wählerstimmen ehemals „Illegaler“.

1953/54 gelang noch die Verhaftung zweier weiterer tatverdächtiger SA-Männer, die schließlich im 5. und 6. Engerau-Prozess — am 12. und 13. April 1954 bzw. zwischen 26. und 29. Juli 1954 — vor dem Richter standen. Sie bildeten gleichsam den Schlusspunkt der österreichischen Volksgerichtsbarkeit, die nach dem Abzug der Alliierten im Dezember 1955 abgeschafft wurde.

Mit dem Ende des 6. Engerau-Prozesses fanden die Ermittlungen in der Strafsache Engerau aber noch nicht ihr Ende. Vor allem in den Akten des so genannten „4. Engerau-Prozesses“ liegen zahlreiche Dokumente aus den Jahren nach 1955, als die Volksgerichtsbarkeit bereits in die ordentliche Gerichtsbarkeit übergeleitet worden war.

Neben den seitens der Justiz so bezeichneten Engerau-Prozessen gab es auch noch einige weitere Verfahren, die u. a. Verbrechen im Lager Engerau zum Gegenstand hatten, aber großteils auf die Hauptprozesse keinen Bezug nahmen.

Nach der Evakuierung des Lagers Engerau im März 1945 wurden die Insassen, so sie nicht schon vorher ermordet worden waren, mit einem Schiffstransport in das KZ Mauthausen verbracht und mussten in weiterer Folge bis in das Waldlager Günskirchen bei Wels marschieren, wo sie von amerikanischen Truppen Anfang Mai befreit wurden.

Neben dem Verlauf der Engerau-Prozesse im Jahrzehnt der intensivsten Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich, nämlich



Claudia Kuretsidis-Haider

„Das Volk sitzt zu Gericht“
Österreichische Justiz und
NS-Verbrechen am Beispiel der
Engerau-Prozesse 1945–1954

Reihe: Österreichische
Justizgeschichte, Bd. 2

Studien Verlag 2006

496 Seiten

ISBN: 3-7065-4126-2

Ladenpreis EUR 53,-

bis 1955, stellt die Publikation auch Fragen der Methodik bei der wissenschaftlichen Arbeit mit Gerichtsakten, des historischen Hintergrundes des Lagers Engerau sowie des Umgangs der österreichischen Justiz mit den NS-Verbrechen und deren gesetzliche Grundlagen zur Diskussion.

In einem weiteren wichtigen Abschnitt der Arbeit werden die „Akteure“ der Engerau-Prozesse einer näheren Betrachtung unterzogen und anhand von Biographien ausgewählter in die Verfahren involvierter Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte eine Milieustudie versucht.

Aufgrund der im Zuge der Vernehmungen durch den Untersuchungsrichter und in der Hauptverhandlung erhobenen „Generalien“ der Beschuldigten war mit Hilfe der Volksgerichtsakten eine Analyse der Sozialstruktur der Täter möglich.

Die Opfer waren in den Engerau-Prozessen, wie auch in anderen Volksgerichtsprozessen, zum überwiegenden Teil nur „stumme Zeugen“. Über die Toten gibt der Gerichtsakt — wenn überhaupt — nur in Form von Exhumierungslisten, Sachverständigengutachten und Berichten über die Leichenbeschau Auskunft, die Überlebenden wurden nur in Ausnahmefällen vor Gericht als Zeugen geladen. Die Ge-

schichte der Engerau-Prozesse ist somit fast ausschließlich eine solche aus der Sicht der Täter. Dennoch sind die Volksgerichtsakten zur Erforschung der Geschichte der Opfer eine wichtige Quelle, weil sie erste Ansatzpunkte über deren Biographie liefern können.

Die Engerau-Prozesse waren Prozesse, bei denen von Männern an Männern begangene Verbrechen von Gerichten, die sich zum überwiegenden Teil aus Männern zusammensetzten, geahndet wurden (es gab allerdings Schöffinnen, Richter, Staatsanwälte und Verteidiger waren ausschließlich männlichen Geschlechts). Justiz war zur Zeit der Engerau-Prozesse fast ausschließlich „männlich“. Der Gender-Aspekt spielte dennoch unübersehbar eine Rolle, wenn Frauen als Zeuginnen vor Gericht auftraten oder wenn es um ihre Rolle als Gattinnen (denen das Gericht den „Ernährer“ nehmen wollte), als Mütter, Töchter oder als Untergebene ging.

Die Engerau-Prozesse stellten den größten und längsten Prozesskomplex der Geschichte der österreichischen Volksgerichtsbarkeit dar. Deshalb ist die Frage nahe liegend, ob und in welchem Ausmaß diese Prozesse eine Wirkung auf die Öffentlichkeit ausübten. Diese Fragestellung wurde anhand der Zeitungsberichterstattung über die Prozesse und deren Nieder-

schlag in der historiographischen Literatur diskutiert.

Hauptanliegen der Arbeit ist es, einen Beitrag zur jüngeren österreichischen Justizgeschichte zu leisten, die die Tätigkeit der österreichischen Volksgerichte zur Ahndung von nationalsozialistischen Verbrechen bislang nicht ausreichend gewürdigt hat. Diese Publikation kann aber nur der Anfang für eine längst notwendige Rezeption der österreichischen Nachkriegsjustiz generell sein, denn sämtliche Gerichtsakten beinhalten interessante — manchmal sogar noch unbekannte und daher der wissenschaftlichen Forschung neue Erkenntnisse bringende — Informationen. Wünschenswert wäre eine Beschäftigung mit dieser Quellengattung auch von anderen wissenschaftlichen Disziplinen und nicht nur der Zeitgeschichtsforschung, denn durch die Fokussierung aus unterschiedlichen Blickwinkeln könnten der Täterforschung einerseits sowie der Rechtsgeschichte andererseits wichtige Impulse gegeben werden.

Das Buch ist den Tausenden namentlich bekannten und unbekanntem ungarischen Jüdinnen und Juden, die Opfer der NS-Herrschaft in ihrer letzten Phase wurden, gewidmet.

WIR BETRAUERN

Wirkl. HR i. R. Dr. Alois **Kermer**, ehemaliges Mitglied des Vorstands des DÖW, starb am 1. August 2006 im 93. Lebensjahr.

Hans Friedmann (1914–2006)

Dr. Hans Friedmann, ehemaliger ehrenamtlicher Mitarbeiter des DÖW, verstarb am 29. Juni 2006 in Västerås (Schweden) im Alter von 92 Jahren.

Hans Friedmann studierte 1932–1938 Chemie an der Universität Wien, er gehörte dem *Roten Studentenverband* an und war im Widerstand gegen den „Ständestaat“ tätig. Wegen drohender Verfolgung aus politischen und rassistischen Gründen musste er nach dem „Anschluss“ 1938 Österreich verlassen und emigrierte im April 1938 nach Kolumbien. Ab 1947 lebte er in Schweden, 1953 kehrte er nach Österreich zurück. Bis zuletzt war Hans Friedmann als Zeitzeuge und antifaschistischer Aktivist tätig.

WIR GRATULIEREN

Zwei *Herbert Steiner-Preise* 2006 (benannt nach dem 2001 verstorbenen Mitbegründer und langjährigen Leiter des DÖW) gingen an: Heimo **Halbrainer** („*Der groesste Lump im ganzen Land*“: *Denunziation in der Steiermark 1938–1945 und die Aufarbeitung dieses NS-Verbrechens in der Zweiten Republik*) und Christian **Kloesch** („*und was sich uns entgegenstellt, das wird gestürzt und wird gefällt*“: *Der nationalsozialistische Juliputsch von 1934 im Kärntner Lavanttal und die Lebensgeschichten der Putschisten*).

Zwei *Herbert-Steiner-Anerkennungspreise* gingen an: Stephanie **Braukmann** (*Antisemitismus, Judenfeindlichkeit und Haltung zur jüdischen Frage in den Diskursen der proletarisch-sozialistischen Frauenbewegung 1890–1914*) und Petra **Domesle** (*Österreicherinnen in Exil und Widerstand in Frankreich. Beitrag zum Widerstand und Problematik der Rück-*

kehr. Status in Wissenschaft und Gesellschaft).

Verkauf-Verlon Preis 2006 für Eva Blimlinger

Die Historikerin und ehemalige Forschungskoordinatorin der Historikerkommission der Republik Österreich Eva Blimlinger wurde am 28. September 2006 mit dem *Willy und Helga Verkauf-Verlon Preis des DÖW für antifaschistische Publizistik* 2006 geehrt.

Eva Blimlinger wurde bereits mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem *Bruno Kreisky-Preis für das politische Buch* (gemeinsam mit den AutorInnen des Schlussberichts der österreichischen Historikerkommission). Sie ist Mitherausgeberin der Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission, *Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich* (49 Bände).

Bilder österreichischer SpanienkämpferInnen

Zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkriegs (1936–1939) legt die *Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien* 24 Bildkarten auf, die an den antifaschistischen Widerstand in Spanien und die rund 1.400 österreichischen Freiwilligen, die auf Seiten der Spanischen Republik kämpften, erinnern sollen. Jedes Foto steht für eine Biographie, die in der Bildlegende skizziert wird.

Die Bildserie ist im Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft (Engerthstr. 204/14, 1020 Wien, Tel.: 01/7208384, e-mail: office@theodorkramer.at) erschienen und ist auch im Dokumentationsarchiv zum Preis von EUR 15,- erhältlich.

Weitergehende Informationen enthält Hans Landauers *Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer* (Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2003).

Der ehemalige Spanienkämpfer Hans Landauer baute im DÖW die Spezialsammlung *Spanien-Dokumentation* auf, die er auch heute noch selbst betreut.

Kunst gegen das Vergessen

Am 24. Oktober 2006, 18.00 Uhr eröffnet die Galerie Art Forum am Judenplatz (Judenplatz 2, 1010 Wien), in der Ölgemälde und Zeichnungen des Auschwitz-Überlebenden Adolf Frankl (1903–1983) gezeigt werden. Zur Einführung spricht Prof. Dr. Dieter Ronte, Direktor des Kunstmuseums Bonn.

Adolf Frankl, 1903 in Preßburg geboren, hatte schon in jungen Jahren zu malen begonnen. Als Siebzehnjähriger nahm er Kunst- und Malunterricht in Preßburg, ergriff jedoch eine bürgerliche Laufbahn und betrieb ein Geschäft für Innendekoration. 1939 begann die Diskriminierung der Juden in der Slowakei, 1941 wurde das Unternehmen „arisiert“ und im September 1944 wurde er nach Auschwitz-Birkenau deportiert. 1945, nach der Befreiung durch die Rote Armee, kehrte er nach Preßburg zurück, baute sein Unternehmen wieder auf, emigrierte jedoch nach der Verstaatlichung seines Besitzes durch das kommunistische Regime 1949 mit seiner Familie nach Wien.

Ausstellungen in Gedenkstätten

Im historischen Zellenbau der **Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück** wurde am 20. August 2006 die neue Dauerausstellung eröffnet, die über die Geschichte und die Funktion dieses von Häftlingen „Bunker“ genannten Gebäudes informiert. Dabei wird die historische Raumsituation wieder hergestellt und die BesucherInnen betreten das Gebäude durch den ursprünglichen Eingang vom Häftlingslager aus.

Im Ravensbrücker Zellenbau verbüßten Häftlinge aus dem Frauen- und dem Männerkonzentrationslager Ravensbrück sowie aus dem Jugendschuttlager Uckermark Arreststrafen, an Häftlingen des Frauenlagers wurde hier die Prügelstrafe vollzogen. Seit Februar 1944 diente der Bau auch zur Unterbringung prominenter Untersuchungshäftlinge, unter ihnen Helmuth James Graf von Moltke, der 2001 selig gesprochene Gewerkschafter Nikolaus Groß und Nina Schenk Gräfin von Stauffenberg, die Ehefrau des Hitler-Attentäters.

In der Ausstellung werden Frauen und Männer, die im Zellenbau inhaftiert waren, anhand kurzer Porträts vorgestellt. Ihre Aussagen dokumentieren vielfältige Perspektiven auf den Haftalltag und die Erfahrungen der Bunkerhaft. Darüber hinaus wird auch die Zeit nach 1945 thematisiert: Nach zeitweiliger Nutzung durch die sowjetische Armee entstand in dem Gebäude 1959 das erste Lagermuseum der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück mit nationalen Gedenkkräusen und rekonstruierten Arrestzellen. Diese Gestaltungen bleiben erhalten, werden jedoch mit Informationen zu ihrer Entstehung versehen.

Die Ausstellung *Macht und Ohnmacht. „Menschen — Spuren — Schatten“* mit Skulpturen und Plastiken von Seiji Kimoto wird vom 11. September bis 10. November 2006 in der **KZ-Gedenkstätte Mauthausen** gezeigt. In seinen Arbeiten setzt sich der in Osaka geborene und im Saarland lebende Künstler mit dem Thema Macht und Ohnmacht auseinander. Die Plastiken im Besucherzentrum und den Anlagen des ehemaligen Konzentrationslagers stellen die Erfahrung von Gewalt und Demütigung und das Sterben der Hoffnung, aber auch ihr immer neues Aufflammen dar. Die Ausstellung wurde bisher in Berlin, Regensburg und Trier präsentiert.

Von den rund 200.000 in den Lagerkomplex Mauthausen/Gusen eingelieferten Häftlingen überlebte nur die Hälfte. Aufgrund der äußerst schlechten Haftbedingungen und der hohen Todesrate nahm das KZ Mauthausen innerhalb des KZ-Systems gleich nach Auschwitz und nach den Vernichtungslagern auf polnischem Gebiet seinen Platz ein.

In ihrer Videoinstallation *MenschenDinge* thematisiert Esther Shalev-Gerz, wie sich historische Vorstellungskraft bewahren kann, wenn die Überlebenden der nationalsozialistischen Lager schwinden. Auf fünf Monitoren lässt Shalev-Gerz fünf Menschen von ihrer Begegnung mit Sachzeugnissen, die aus der Erde Buchenwalds geborgen wurden (insgesamt über 20.000 Objekte, Zeugnisse vernichteter Existenz ebenso wie versuchter Selbstbewahrung und Resistenz), erzählen. Präsent werden persönliche Spuren ehemaliger Häftlinge an den Objekten, aber auch der unwiederbringliche Verlust, der diese Dinge umgibt. Zur Ausstellung, die bis 12. November 2006 in der **Gedenkstätte Buchenwald** besichtigt werden kann, erscheint ein Katalog mit einem Text von Jacques Rancière.

In den Jahren zwischen 1945 und 1975 entsteht neben unzähligen Zeichnungen, Aquarellen und Karikaturen der Zyklus *Visionen aus dem Inferno*. Das Werk besteht aus über hundert Ölgemälden und ebenso vielen Zeichnungen, Aquarellen und Skizzen. Als einer der wenigen Überlebenden von Auschwitz malte er dieses Manifest des Grauens einerseits als Versuch die schrecklichen Erlebnisse auf die

se Weise zu verarbeiten, andererseits um ein künstlerisches Zeitzeugnis für die Nachwelt zu schaffen. Frankls Werke stellen eine Brücke aus der Vergangenheit in die Zukunft dar: Bilder zur Aufklärung und Mahnung an alle.

Kontakt:

Thomas Frankl, Tel.: ++43 1 533 16 52, e-mail: artforum@judenplatz.at, web: www.artforum.judenplatz.at.

Ausstellung

Petr Ginz, Prager Tagebuch 1941–1942**Dienstag, 7. November 2006, 19.30 Uhr:
Ausstellungseröffnung****Im Rahmen der Reihe *Gespräche in ESRA*
spricht Prof. Rudolf Gelbard mit Dr. Peter Huemer.**

Im Oktober 1942 wurde der 14-jährige Petr Ginz, wie viele andere Prager Jüdinnen und Juden, nach Theresienstadt deportiert und zwei Jahre später unmittelbar nach seiner Ankunft in Auschwitz ermordet.

Sechzig Jahre danach wurden auf dem Dachboden eines Prager Hauses seine Tagebücher aus den Jahren 1941/42 gefunden. Dieses einzigartige Zeitdokument erschien 2004 in der tschechischen Originalfassung, im März 2006 in deutscher Übersetzung. Aus diesem Anlass gestaltete der Berlin Verlag eine Ausstellung zu Leben und Werk von Petr Ginz, der nicht nur ein bemerkenswertes schriftstellerisches Talent besaß, sondern auch künstlerisch sehr begabt war. So verfasste er neben Tagebüchern und Gedichten gleich acht Romane und war in Theresienstadt maßgeblich an der Zeitschrift *Vedem* beteiligt, für die er viele Artikel verfasste und auch Illustrationen zeichnete.

Ort: ESRA,
Tempelgasse 5,
1020 Wien

*Eintritt frei. Bitte bringen Sie einen
amtlichen Lichtbildausweis mit!*

Zeit: 7. 11. – 28. 12. 2006,
Mo – Do 8.30 – 11.30 und
14.00 – 19.00 Uhr,
Fr 8.30 – 11.00 Uhr

Für die Ausstellungseröffnung wird um
Anmeldung gebeten:

Tel. 214 90 14
e-mail: info@esra.at

**Vortragsreihe
Widerstand
und Verfolgung**

In Kooperation mit dem DÖW bietet das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung (Praterstern 1, 1020 Wien) ab 23. Oktober 2006 Vorträge zum Thema *Widerstand und Verfolgung 1938–1945* an. Die Reihe startet mit einer Führung durch die Dauerausstellung des DÖW und bietet an drei weiteren Abenden vertiefende Vorträge zu Themen der Ausstellung.

Es referieren:

Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer-Galanda
(*Österreicherinnen im Widerstand gegen
den Nationalsozialismus in Österreich
und im besetzten Europa*),

Dr. Gerhard Baumgartner (angefragt; *Die
Verfolgung der Roma und Sinti durch das
NS-Regime*),

Mag. Peter Schwarz (*Verbrechen an Be-
hinderten und „Minderwertigen“ durch
die NS-Medizin*).

Zeit: 23. / 30. Oktober, 6. / 13. November,
jeweils 18.30 Uhr.

Ort: Ausstellung Dokumentationsarchiv,
Altes Rathaus, Wipplingerstraße 6–8,
1010 Wien (Eingang im Hof).

Gebühr: EUR 6,-

Infos / Anmeldung: Jüdisches Institut für
Erwachsenenbildung, Tel.: 216 19 62,
e-mail: office@jud-institut-wien.at

NEUES VON GANZ RECHTS**FPÖ-Klement
in der *National-Zeitung***

In Ausgabe 30/2006 der rechtsextremen *National-Zeitung* ist FPÖ-Bundesgeschäftsführer Karlheinz Klement mit einem Interview vertreten. Klement behauptet dort einmal mehr allen Ernstes, „radikale[n] Slowenenführer[n]“ würden mittels zweisprachiger Ortstafeln „die Markierung eines geschlossenen slowenischen Territoriums in Südkärnten“ und im nächsten Schritt eine „Annexion Südkärntens durch Slowenien“ vorantreiben.

Die Einschätzung des deutschen Verfassungsschutzes, wonach die *National-Zeitung* voll sei mit „Attacken gegen Repräsentanten und Institutionen des demokratischen Rechtsstaats“ und „tendenziöse[n] und verharmlosende[n] Beiträge[n] zur nationalsozialistischen Vergangenheit und

Artikel[n], in denen Ressentiments gegen die Juden geschürt werden“, hielt Klement nicht davon ab, diesem Blatt ein Interview zu gewähren.

Rechtsextreme Heiden

Seit Herbst 2005 ist in Österreich eine Gruppe namens *Runar — Gemeinschaft des alten Pfades* aktiv. Dieser Verein wurde laut Eigenaussagen gegründet, um „das ‚alte‘ heidnische Denken, Leben, Denken [sic!] und Fühlen unserer germanischen Ahnen wieder zu beleben“. Wie sehr dieses „Denken“ vom rechtsextremen Gedankengut beeinflusst wird, zeigt z. B. der auf der Homepage dieser Gruppe veröffentlichte Artikel *Die heidnisch-germanische Lebensart in der heutigen Zeit*. Der Gründer dieses Vereins mit Sitz in Dornbirn, Marco Maier, schreibt darin, dass unser

Zeitalter vom „judäo-christlichen Gedankengut“ geprägt werde. Die „christliche[r] Infiltration des germanischen Volksgeistes“ und die daraus entstandene „geistige Verformung“ habe seiner Meinung nach dazu geführt, dass „wir Millionen von fremdstämmigen Menschen in unsere Mitte aufgenommen haben, welche unser volkliches Sein durch ihre Anwesenheit und die dadurch entstehenden Vermischungstendenzen gefährden — wenn nicht sogar zerstören“. Diesem „unheilvollen Weg“ gelte es „Einhalt zu gebieten“. Als heidnischer Germane ist man laut dem Gründer der *Runar*-Gemeinschaft nicht dem „falschen Wertekodex von Fremdreigionen und Fremdvölkern unterworfen“. Gegen das Gleichheitspostulat betont Maier, dass der „Bodensatz der Gesellschaft“ es nicht verdient habe, „oben zu stehen“. Dennoch habe „jeder Stand der Volksgemeinschaft“ seine eige-

ne Berechtigung, da „keiner der Stände ohne den anderen überleben könnte“. Auf der Linkseite der *Runar*-Homepage finden sich Verweise zu rechtsextremen und sogar neonazistischen Gruppierungen, u. a. zur *Artgemeinschaft* und zur *Gemeinschaft deutscher Frauen* (GdF). Wie gut die Verbindungen zu diesem Spektrum sind, zeigt sich auch auf der Homepage der im Juni dieses Jahres gegründeten *Runar*-Gemeinschaft in Baden-Württemberg, einer Landesstelle der österreichischen *Runar*-Gruppe. Auf ihrer Linkseite ist ebenfalls eine große Anzahl von einschlägigen (auch neonazistischen) Organisationen zu finden.

FPÖ-Gemeinderat gegen „Terrorstaat“

Der tragische Tod eines österreichischen UN-Soldaten im Libanon ließ Dietmar Gerhartl, FPÖ-Gemeinderat in Neunkirchen/NÖ, zu einem antisemitischen Rundumschlag ausholen. Gerhartl schreibt, er sei es schon „lange [...] leid, dem Unrecht in Palästina taten- und kommentarlos zusehen zu müssen“. Als Freiheitlicher werde „man ja leicht Opfer der Nazi-Keule [also bei jeder Kritik am Handeln Israels als Nazi beschimpft]“. Aber nachdem der „Terrorstaat Israel nun auch einen Österreicher feig ermordet hat“ und die „Massenmörder mit dem Judenstern [...] wie immer ungestraft [bleiben]“, hat Gerhartl keine Angst mehr vor der „Nazi-Keule“. Zumal ja die eigentlichen Nazis in Israel sitzen würden: „*Es heißt ‚Der Tod ist ein Meister aus Deutschland‘. Israel war jedenfalls sein Vorzugsschüler.*“ In einem weiteren Leserbrief verkündet Gerhartl, dass er „von nun an [...] keine israelische Waren“ mehr kaufen werde. Derartige Töne sind offenbar voll und ganz nach dem Geschmack der Palästinensischen Gemeinde in Österreich, die Gerhartls Tiraden auf ihrer Homepage veröffentlichte.

Wiener Neonazis online

Seit kurzem ist mit der *Kameradschaft A.D.F. Wien* eine weitere neonazistische Gruppe auch im Internet aktiv. In der Szene steht das Kürzel A.D.F. für die Parole „Auf den Führer!“. Die Neonazis bezeichnen sich als „eine Gruppe von patriotischen Österreichern die nicht länger zu sehen [sic!] wollen wie ihr Land ausgehöhlt wird von korrupten Politiker [sic!]“,

die zunächst „das Blaue vom Himmel versprechen“ und die Bevölkerung „am Schluss hintergehen“.

Auf Fotos sind die Mitglieder dieser Gruppe mit A.D.F.-T-Shirts zu sehen. Ihre Gesichter verbergen sie hinter schwarzen Sturmhauben. Auch die Einträge im Gästebuch verweisen auf die Verankerung in der militanten Neonaziszene: Dort wird den Betreibern der Webseite von deutschen neonazistischen Gruppen wie dem *Widerstand Obersulm*, der *Schwarzen Bruderschaft Rhein-Neckar* oder der *Hatecore-Crew* u. a. unter Verwendung von NS-Codes wie 88 oder 1488 zu „ihre[r] tolle[n] Seite“ gratuliert bzw. sie werden aufgefordert, „weiter so zu machen“.

Neonazis über FPÖ

In Ausgabe 2/2006 des *Jugend Echos*, der „Kampfschrift“ des *Bundes freier Jugend* (BfJ), setzt sich Andreas Thierry mit der FPÖ auseinander. Mit Beginn der Obmannschaft des „jungen und attraktiven“ Heinz-Christian Strache hätten viele Kameraden wieder Hoffnung geschöpft: „*Die FPÖ [...] könnte sich auf ihre nationalen Wurzeln besinnen und sich zur Fundamentalopposition gegen die Blockparteien des Systems entwickeln.*“ Aber obwohl die FPÖ mit der Abspaltung des BZÖ „von viel Ballast befreit wurde“, bleibe sie dennoch „Systempartei“. Zuversichtlich stimmt Thierry die Tatsache, dass Strache, mit dem er „seit 1989 persönlich bekannt“ sei, „seine Wurzeln im nationalen Lager“ hat. Da aber in nächster Zeit nicht davon auszugehen sei, dass sich die FPÖ der neonationalsozialistischen Sache verschreibe, müsse sie „in erster Linie als Geschäftspartner angesehen werden“. Es sei „grundsätzlich möglich, dass es zu Konstellationen kommen kann, die gemeinsames Handeln für geboten erscheinen lassen“. Auf Dauer müsse die FPÖ jedoch mehr bieten „als einen warmen Händedruck oder gelegentliche Feten im Keller der Reichsratsstraße“. Als „Vorbild“ für die Zukunft könne „die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit der NPD mit freien Kameradschaften“ dienen.

Honsiks Wahlempfehlung

In seinem „Kommentar“ für die erste Septemberwoche gibt der österreichische Neonazi Gerd Honsik auf seiner Homepage die Empfehlung ab, FPÖ zu wählen.

Denn diese sei als „Partei der Verfolgten nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich gegründet worden“. Honsik, der sich vor 15 Jahren einer 18-monatigen Haftstrafe wegen Verstößen gegen das NS-Verbotsgesetz durch Flucht nach Spanien entzog,

will am 1. Oktober für die FPÖ stimmen: Die „einzige Partei, in der sich führende Persönlichkeiten noch zum

Deutschen Volk bekennen, [...] die einzige Partei, von der jetzt noch einmal gehofft werden kann, dass sie nunmehr, von den alten Verrätern befreit, der immerwährenden Immigration entgegentreten wird“. Schließlich gibt er für seine Entscheidung auch noch die Tatsache an, dass er „der Abgeordneten Barbara Rosenkranz“ vertraut.

Neonazis für FPÖ

Nachdem der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), Dr. Ariel Muzicant, am 4. September vor MedienvertreterInnen die FPÖ aufgrund ihrer rechtsextremen Verbindungen öffentlich kritisiert hatte, wird er nun von Neonazis massiv antisemitisch verunglimpft. Auf der deutschen Homepage *stoertebeker* heißt es über die Kritik Muzicants: „*Totschlagargumente aus dem Munde einer halbasiatischen Type, die bekanntlich trotz ihres Waschmittelnamens nicht wenig Dreck am Stecken hat, keine Beleidigung darstellen [sic!], sondern eher ein Kompliment dafür, dass die Beschimpften politisch zumindest im Ansatz auf dem richtigen Weg sind.*“ Die Zustimmung zum „Weg“ der FPÖ paart sich mit offenen antisemitischen Vernichtungsdrohungen: Am Tag der erhofften Volkserhebung wäre es für Muzicant besser, „wenn er und seinesgleichen sich im nächsten Flieger nach Tel Aviv befinden“. Jüdinnen und Juden hätten „ihre letzte Lektion [die Shoah] immer noch nicht begriffen“.

Auch Gerd Honsik, der mit seiner Wahlempfehlung für die FPÖ den unmittelbaren Anlass für die Kritik Muzicants gegeben hatte (siehe oben: *Honsiks Wahlempfehlung*), antwortete dem IKG-Präsidenten: „*Die heutige Welt ist voll von Angriffskrieg, ethnischer Säuberung und Völkermord. In keines dieser Verbrechen, die im Nahen Osten übrigens heute aus Rassenwahn begangen werden, sind die ‚Nazis‘ oder auch ‚die Deutschen‘ bisher verwickelt gewesen. Ihre Seite schon. Die Nazi-Keule hat deshalb wohl bald ausgedient.*“ Für den Neonazi kommt die „Globalisierung des Antisemitismus [...] einer

Juli–September 2006

Boykottklärung“ der halluzinierten „jüdischen Medienmacht gleich“. Auch „die europäische Linke“, die sich in weiten Teilen tatsächlich antizionistisch gebärdet, sei dieser unheimlichen Macht erfreulicherweise entglitten.

Rechtsextreme Anwürfe gegen das DÖW

Nach dem offenbar rassistisch motivierten Anschlagversuch gegen die *Muslimische Jugend Österreich* (MJÖ) versuchen Neonazis von der mutmaßlichen Urhebererschaft ihres Milieus abzulenken. Schon in der Vergangenheit (Schändung des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt usw.) haben Rechtsextreme und Neonazis AntifaschistInnen mehr oder weniger unmittelbar für die Taten verantwortlich gemacht. Damit hätte der nationalfreiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft geschadet werden sollen, so der Tenor der damaligen Anwürfe. Nun wurde am 14. September von Gerd Honsiks e-mail-Adresse ein anonymes Schreiben verschickt, in welchem ein österreichischer Journalist und das DÖW der (zumindest) „geistigen Urhebererschaft“ des versuchten Anschlages gegen die MJÖ bezichtigt werden.

Der enge Honsik-Vertraute Günter Rehak versuchte während der Terrorkampagne der *Bajuwarischen Befreiungsarmee* (BBA), das DÖW als eigentlichen Drahtzieher zu entlarven. Er musste seine Anwürfe jedoch nach einer erfolgreichen Klage einstellen und zurückziehen. Wohl auch deswegen erschienen die jüngsten Denunziationsversuche unter dem Schutzmantel der Anonymität.

FPÖ-Jubiläum und -Unterstützung

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der FPÖ widmet ihr die aktuelle *Zur Zeit* einen Schwerpunkt. Nicht nur die derzeitige Wahlpropaganda ist ganz nach dem Geschmack der Redaktion, auch mit der neuen alten programmatischen Ausrichtung ist man zufrieden: „*Die FPÖ unter Strache steht zur deutschen Volks-, Kultur- und Sprachgemeinschaft*“. (*Zur Zeit* 37/2006, S. 14) Der ehemalige Nationalsozialist und FPÖ-Nationalrat Otto Scrinzi, der unlängst ein „Personenkomitee zur Unterstützung der Wahl von HC Strache und der FPÖ“ ins Leben gerufen

hat, bezeichnet das „klare[n] Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ (ebenda, S. 17) ebenfalls als entscheidend für das freiheitliche Selbstverständnis. Auch Bundesrat a. D. John Gudenus, der nach seiner Verurteilung aufgrund von Verstößen gegen das NS-Verbotsgesetz die *Zur Zeit*-Mitherausgeberschaft an Hilmar Kabas abgeben hat, hält das deutschnationalistische Bekenntnis für den „Kern“ (ebenda, S. 20) aktueller freiheitlicher Ideologie.

Angeht es einer derartigen Positionierung kann es nicht überraschen, dass nach dem flüchtigen Neonazi Gerd Honsik nun auch die *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* (AfP) eine öffentliche Wahlempfehlung für die FPÖ abgegeben hat: „*Wir empfehlen die Stimmabgabe für die FPÖ von H. C. Strache und Barbara Rosenkranz. Keine Stimme den Volksfeinden und Verrätern.*“ (*Kommentare zum Zeitgeschehen* 437/Okttober 2006)

Neonazis bei nationalfreiheitlicher Feierstunde

Für Aufregung sorgten Enthüllungen der Tageszeitung *Österreich* am 20. September, wonach Gottfried Küssel samt Kameraden am 26. August an einer Burschenschaftler-Veranstaltung in Braunau teilgenommen hat. Obwohl der FPÖ-Landesparteiobmann Lutz Weinzinger als Organisator von Staatsschützern auf die Anwesenheit des wohl prominentesten österreichischen Neonazis hingewiesen worden war, unternahm er nichts. Gegenüber *Österreich* gab sich Weinzinger dann unschuldig: „*Was kann die FPÖ dafür, wenn sich bei den Veranstaltungen immer ein paar Figuren aus der rechtsradikalen Szene anhängen?*“

Am 21. September hielt dann der freiheitliche Pressedienst „unmissverständlich fest“, dass es „keine aktive Teilnahme von Gottfried Küssel an einer FPÖ-Veranstaltung [gab], sondern lediglich eine unerwünschte Präsenz des Genannten außerhalb der Veranstaltungsorte bei einer Gedenkveranstaltung, die von Lutz Weinzinger als Privatmann mitorganisiert wurde“. Gegenüber der Behauptung, es habe sich dabei nicht um eine Parteiveranstaltung gehandelt, steht eine Aussendung der FPÖ-Oberösterreich vom 16. August, in welcher diese und andere Veranstaltungen angekündigt und beworben wurden. Und ein im Internet veröffentlichter Bericht aus der Neonaziszene

belegt, dass Küssel und Kameraden sehr wohl aktiv an der Veranstaltung teilgenommen haben.

Nahost- und Gaskammerexperten im *Eckart*

In der September-Ausgabe der rechtsextremen Zeitschrift *Der Eckart* findet sich ein Interview mit dem als „Nahostexperten“ vorgestellten Innsbrucker Universitätslektor Harald Haas. Dieser sieht „Israel als das sicherlich aggressivste [sic!] Land und als die größte Bedrohung des Friedens. Ein Staat, der seine innen- und außenpolitischen Ziele mit Gewalt verfolgt“. (*Der Eckart* 9/2006, S. 9) Für Haas, der sich als „Beobachter für UNO und EU im Nahen und Mittleren Osten“ aufgehalten haben soll, kann eine „nachhaltige Lösung [...] nur darin bestehen, den arabischen Völkern in ihrem Lebensraum zuzugestehen, auf ihre Art und Weise zu leben“. Auf die Frage des *Eckart*, ob „Israel weiter alles mit dem Holocaust rechtfertigen“ könne, antwortet der Experte: „*Das wird es immer tun.*“ Enden lässt Haas das Gespräch mit der sekundär-antisemitischen Figur, wonach die „Juden von Opfern zu Tätern geworden“ (ebenda) seien.

Walter Lüftl kramt in dieser Ausgabe des *Eckart* einmal mehr das „Lachout-Dokument“ hervor. Dieses wurde im November 1987 im Neonazi-Blatt *HALT* unter dem Titel *Mauthausenbetrug amtsbekannt!* erstmals publiziert und sollte beweisen, dass es im „Altreich“ und in der früheren „Ostmark“ zu keinen Gaskammern gekommen sei. Der „Revisionist“ Emil Lachout präsentierte dazu ein „Rundschreiben“ des „Militärpolizeilichen Dienstes“, welches sich rasch als Fälschung entpuppte. Während ein Teil der „revisionistischen“ Szene daraufhin dieses vermeintliche Argument fallen ließ, scheint Lüftl die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben zu haben. So präsentiert er nun ein Foto, von dem er behauptet, es zeige einen „österreichischen Angehörigen des angeblich nicht existierenden Militärpolizeilichen Dienstes (MPD)“ (ebenda, S. 13). Bei der Suche nach diesem vermeintlichen „MPDler“ setzt er auf die LeserInnen, die er um Mithilfe bittet. „Die Antwort wäre für die ‚Zeitgeschichte‘ von immenser Bedeutung“, so Lüftl, dem die gegen die Existenz eines MPD sprechende Quellenlage offenbar nicht reicht.

REZENSIONEN

Paxton, Robert O.: Anatomie des Faschismus. Aus dem Engl. v. Dietmar Zimmer. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2006. 448 S.

Bücher über den Faschismus füllen mittlerweile ganze Bibliotheken. Hierzu gehören auch Werke, die eine vergleichende Betrachtung versprechen, aber nur Informationen über verschiedene Erscheinungsformen aneinander reihen. Gegenüber diesen geht Robert O. Paxton, emeritierter Professor für Geschichte an der Columbia University, New York, einen entscheidenden Schritt weiter. In seiner Studie *Anatomie des Faschismus* möchte er nicht nur über eine vergleichende Betrachtung eine trennscharfe Minimaldefinition entwickeln, sondern auch die Bedingungsfaktoren für Aufkommen und Entwicklung solcher politischen Bewegungen erörtern. Dabei nimmt Paxton die verschiedenen Faschismen nicht als starre Modelle und Systeme wahr. Vielmehr betont er die Dynamik und Prozesshaftigkeit der gemeinten Parteien und Regierungen. Sie will er entlang eines Zyklus von fünf Stadien untersuchen: 1. Die Entstehung einer Bewegung, 2. ihre Verwurzelung im politischen System, 3. ihr Griff nach der Macht, 4. die Machtausübung und schließlich 5. die längerfristige Entwicklung, wobei für faschistische Regimes hier die Alternative Radikalisierung oder Niedergang laute (vgl. S. 41). Entsprechend gliedert sich auch der Hauptteil von Paxtons Studie, wobei der Autor nicht nur die politisch erfolgreichen Varianten in Gestalt des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus ins Visier nimmt. Gegenstand seiner Reflexionen sind ebenso erfolglose Spielarten wie etwa der Faschismus in Frankreich. Dadurch kann Paxton auch Informationen als Kontrollkriterien für seine differenzierte Analyse nutzen. Gerade diese macht mit den Wert seiner Untersuchung aus. Als weiterer Vorzug kommt hinzu, dass der Autor den gesellschaftlichen Kontext immer wieder in seine Überlegungen einbezieht. Dabei formuliert er zwar nicht neue Ergebnisse, aber doch beachtliche Aussagen. Hierzu gehören etwa: „Eine der wichtigsten Voraussetzungen war eine schwankende liberale Ordnung“ (S. 116). „Tatsächlich hat bislang niemals ein Aufstand gegen einen etablierten Staat die Faschisten an die Macht gebracht“ (S. 143). „Es ist deshalb essentiell, die

Komplizen näher zu beleuchten, die an entscheidenden Punkten mithalfen“ (S. 146). „Die Konservativen brachten Hitler und Mussolini auf quasikonstitutionelle Weise ins Amt, und zwar im Rahmen von Koalitionsregierungen, die die faschistischen Führer nicht vollständig kontrollierten“ (S. 157). „Entscheidender war eine (Selbst-) Blockade eines existierenden liberalen Staates. Es ist entscheidend, darauf hinzuweisen, dass sowohl in Deutschland als auch in Italien der Verfassungsstaat bereits lange vor der Machtübernahme durch die Faschisten aufgehört hatte, normal zu funktionieren“ (S. 172).

Bezüglich der angekündigten Definition von Faschismus lässt Paxton seine Leser lange warten. Erst gegen Ende liefert er sie (vgl. S. 319).

Die Studie enthält, wie bereits erwähnt, insgesamt keine neuen historischen Erkenntnisse. Darum geht es ihr aber auch gar nicht. Paxtons vergleichende Betrachtung beeindruckt vielmehr durch seine analytische Perspektive und klare Struktur, durch seine differenzierte Betrachtung und prozessorientierte Herangehensweise. Bei einzelnen Ausführungen kann man begründet anderer Auffassung sein, etwa wenn er den Antisemitismus nicht als ein wesentliches Element eines allgemeinen Typusbegriffs von Faschismus ansieht

(vgl. S. 20). Darüber hinaus verstören mitunter die unnötigen Längen in den Ausführungen. Auch hätte man sich hier und da zusammenfassende Zuspitzungen gewünscht. Diese Anmerkungen können und wollen aber nicht den Wert der analytisch überaus interessanten und lehrreichen Arbeit mindern.

Armin Pfahl-Traugber

Rose, John: Mythen des Zionismus. Stolpersteine auf dem Weg zum Frieden. Aus dem Engl. v. Rosemarie Nünning. Zürich: Rotpunktverlag 2006. 333 S.

Mitunter stehen historisch-politische Mythen der Schlichtung aktueller Konflikte im Wege. Daher ist die kritische Auseinandersetzung mit ihnen nicht nur aus Erkenntnisinteresse von Bedeutung, sondern kann Freiraum für neue Problemlösungen schaffen. Dies beansprucht John Rose auch mit der Absicht, „die Mythengebäude des Zionismus einzureißen“ (S. 18). Deren Bestehen verhindere den Frieden im Nahen Osten und die arabisch-jüdische Versöhnung in Palästina. So lautet Absicht und Ansicht der Studie *Mythen des Zionismus*, die der Autor 2004 erstmals veröffentlichte und die 2006 in deut-

Vortrag und Diskussion

KZ-Prozesse

Alliierte Verfahren wegen Verbrechen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern

Referenten:

Dr. Wolfgang Form
(Philipps-Universität Marburg):
Völkerstrafrechtliche Grundlagen der Alliierten amerikanischen und britischen Prozesse

Prof. Dr. Michael Bryant
(Universität von Toledo/USA):
Die amerikanischen Dachau-Prozesse

Moderation:

Dr. Claudia Kuretsidis-Haider
(Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz)

Ort: Veranstaltungsraum
Ausstellung
Dokumentationsarchiv,
Altes Rathaus,
Wipplingerstraße 6–8,
1010 Wien
(Eingang im Hof)

Zeit: Montag, 27. November 2006,
18.30 – 20.30 Uhr

Veranstalter:

Zentrale österreichische
Forschungsstelle
Nachkriegsjustiz

scher Übersetzung erschien. Rose ist Dozent für Soziologie am Southwark College und an der London Metropolitan University und bezeichnet sich selbst als „alternden trotzkistischen und antizionistischen Veteran der Studentenrevolution von 1968“ (S. 313).

Sein Buch gliedert sich in zehn historisch-chronologisch angelegte Kapitel, die von der Handlungszeit des Alten Testaments bis in die Gegenwart reichen. Hierbei geht es dem Autor aber nicht um eine alternative jüdische Geschichte, sondern um die kritische Auseinandersetzung mit den Anspielungen israelischer Politiker auf geschichtliche Aspekte. So habe etwa Ben Gurion in demagogischer Absicht die Bibel umgedeutet; die Vorstellung vom Exil nach dem Jahre 70 sei ein Mythos; es habe keineswegs eine unablässige Verfolgung der jüdischen Gemeinden über die Jahrhunderte gegeben; die Vorstellung von Palästina als „Land ohne Volk“ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sei falsch; Zionisten hätten während der NS-Herrschaft statt auf die Rettung von Juden auf die Schaffung eines eigenen Staates gesetzt; und Israel sei zum strategischen Aktivposten für die USA verkommen. Roses Analyse kommt zu dem Schluss: „Der Zionismus ist das Problem, seine Beseitigung die Voraussetzung für Frieden im Nahen Osten und für arabisch-jüdische Versöhnung in Palästina“ (S. 305). Doch diese Einschätzung ergibt sich weder formal noch inhaltlich aus den vorherigen Kapiteln. Überhaupt macht es sich Rose gleich aus mehreren Gründen allzu einfach: Überwiegend referiert er in den einzelnen Teilen des Buches Ergebnisse der Sekundärliteratur zu den jeweiligen Themen, die in sein inhaltliches Konzept passen. Die jeweiligen Autoren finden dabei Roses Anerkennung und Würdigung als Wissenschaftler, während Andersdenkende pauschal als „zionistische Wissenschaftler“ (S. 266) abgekanzelt werden. Nicht die differenzierte Analyse, sondern die richtige Gesinnung bildet offenbar den Maßstab. Merkwürdigerweise rezipiert Rose kaum die Forschungen einer jungen Historikergeneration in Israel, welche gerade die Entstehungsgeschichte des Staates einer kritischen und quellenkundigen Betrachtung unterzogen hat. Dafür neigt er zu einseitigen und vereinfachenden Deutungen. Letztere nehmen sogar konspirationsideologische Formen an. So heißt es etwa: „Somit scheint einiges für die Vertreter einer zionistischen Verschwörung zu sprechen. Tatsächlich sah es gelegentlich danach aus, als würde Ariel Scharon persönlich die Politik des

Weißes Hauses bestimmen“ (S. 256). Bei der Betrachtung des Nahost-Konfliktes kommt darüber hinaus die arabische Seite als konfliktverschärfender Faktor kaum vor. Lediglich Israel und die Zionisten scheinen nach Rose die Verantwortung zu tragen. Außerdem weicht der Autor immer wieder ohne ersichtlichen Grund von seiner eigentlichen Thematik ab. So widmet er sich etwa ausführlich der Streikbewegung der jüdischen Arbeiter im zaristischen Russland (vgl. S. 161–167), nimmt aber an keiner Stelle seines Buches eine Definition des Zionismus vor. Auch die Vielfalt der inhaltlichen und strategischen Ausdrucksformen findet hier kein näheres Interesse. Und schließlich bleibt unklar, was die Forderung nach einer Beseitigung des Zionismus konkret meint (vgl. S. 305). Will Rose Israel sein Existenzrecht absprechen? Einige Geschichtsmymen widerlegt er durchaus überzeugend. Nur finden sich solche auch in anderen Ländern — von der Schweiz bis zu den USA. Was sollte dies nach dem Verfasser für Konsequenzen haben?

Armin Pfahl-Traugher

Bauerkämper, Arnd: Der Faschismus in Europa 1981–1945. Stuttgart: Reclam-Verlag 2006. 211 S.

Grundzüge, Entwicklung und Struktur faschistischer Bewegungen und Regime darstellen und vergleichen will der Berliner Historiker Arnd Bauerkämper in seinem Buch *Der Faschismus in Europa 1918–1945*. Es versteht sich als knapper Überblick, konzentriert auf den europäischen Raum der Zwischenkriegszeit. Nach einer Beschreibung der Kontroversen und Interpretationen zum Faschismus geht der Autor ausführlich auf den italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus ein und widmet sich in kürzeren Beschreibungen derartigen Bewegungen in anderen europäischen Ländern. Dabei reiht er keineswegs nur historische Fakten aneinander, sondern portraitiert die politischen Organisationen über ein fünfteiliges Untersuchungsrastrer: Genese, Ideologie, Organisationsstruktur, Mitglieder und Wähler und politischen Stil. Diesem Schwerpunkt des Buchs folgt ein Kapitel zur länderübergreifenden Kooperation faschistischer Gruppierungen und eine bilanzierende Schlussbetrachtung. Bauerkämper reduziert den Erwartungsdruck für sein Buch bereits im Vorwort, beanspruche er doch keine Gesamtdarstellung, sondern nur einen komprimierten Überblick vorzulegen. Dieser ist dem

Autor durchaus gelungen. Zum einen enthält das Buch die wichtigsten Informationen zum Thema, zum anderen weist es durch die Kriterien und Vergleiche auch analytische Qualitäten auf. Sie hätten sicherlich neben den mehr beschreibenden Ausführungen einen größeren Textanteil haben können. Auch vermisst man häufig ausführliche Belege und Literaturhinweise zu den einzelnen Themen, insbesondere im Kapitel zu den europaweiten Kooperationen. Als Überblicksdarstellung mit analytischer Note verdient Bauerkämpfers Arbeit gleichwohl Aufmerksamkeit und Interesse.

Armin Pfahl-Traugher

Lappin, Eleonore, Susanne Uslu-Pauer, Manfred Wieninger: Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Niederösterreich 1944/45. St. Pölten: NÖ Institut für Landeskunde 2006. 248 S. (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde, Bd. 45, zugleich NÖ Schriften Wissenschaft, Bd. 167)

An das Schicksal der ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen erinnern Massengräber — etwa auf dem jüdischen Friedhof in St. Pölten, in Strasshof oder in Göstling, um nur einige hier zu nennen —, aber auch Erinnerungszeichen wie die eindrucksvolle Gedenktafel für etwa 500 ungarische Juden beim ehemaligen Lager in der Hackengasse 11 im 15. Wiener Gemeindebezirk. Mehrere Institute, Archive — auch das DÖW — und einzelne HistorikerInnen nahmen sich mittlerweile dieses Themas an. In Österreich ist es vor allem Eleonore Lappin (z. B.: *Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Wien 1944/45*, 1994) vom Institut für Geschichte der Juden in Österreich und in Ungarn Szabolcs Szita (z. B.: *Utak a pokolból — Magyar deportáltak az annektált Ausztriában 1944–1945*, 1991, deutsche Übersetzung 1999) von der Ungarischen Auschwitzstiftung–Holocaust Dokumentationszentrum, die sich um die wissenschaftliche Aufarbeitung verdient machten.

Im vorliegenden Band informiert Eleonore Lappin detailreich und auf viele Quellen gestützt über die Verschleppung und Zwangsarbeit ungarischer Jüdinnen und Juden in Niederösterreich, die oft in ihre Ermordung in der Endphase der NS-Herrschaft mündete. Durch die skrupellose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft machte vor allem das „Außenkommando Wien

des Sondereinsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD in Ungarn (SEK)“ fette Gewinne. In welchem katastrophalen Zustand sich die ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen im Winter 1944/45 befanden, gibt die Autorin u. a. in einem Zitat des Amtsarztes von Gmünd, Arthur Lanc, wieder, der berichtete: „*Etwa zweihundert bis dreihundert Personen hatten schwerste Erfrierungen an den Händen und Füßen. Die Füße der meisten bis zum Sprunggelenk blauschwarz gefärbt, notdürftig in Fetzen gehüllt, da sie Schuhe wegen der mächtigen Schwellungen und Entzündungen nicht mehr vertrugen. Zudem litten fast alle Insassen an schwersten Durchfällen aller Grade, bis zu blutigen Stühlen.*“ Neben Dr. Lanc gab es in diesem Bundesland noch andere „Gerechte“, wie etwa den Pfarrprovisor Peter Lorenz aus Rohr im Gebirge, die Menschenleben retteten.

In einem weiteren Beitrag dokumentiert Eleonore Lappin das Massaker der Waffen SS an ungarischen Juden in der Nacht vom 2. zum 3. Mai 1945 in Hofamt Priel. Den Opfern verleiht die Autorin durch die Veröffentlichung von bei den Ermordeten gefundenen Tagebuchaufzeichnungen, autobiographischen Texten und einem Namensverzeichnis wieder ihre Identität.

Manfred Wieninger machte sich auf die Spurensuche über das Lager für ungarische Jüdinnen und Juden in St. Pölten-Viehofen. Mehrere Zeitzeugenauftritte in den Lokalmedien im Gedenkjahr 2005 brachten interessante Ergebnisse, die er mit Dokumenten aus dem Stadtarchiv, dem Archiv der städtischen Bestattung und der Meldekartei von St. Pölten zu einem informativen Beitrag über dieses „vergessene“ Lager gestaltete.

Susanne Uslu-Pauer steuerte für den vorliegenden Sammelband einen Beitrag zum Thema *Strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern während der Todesmärsche in Niederösterreich* bei. Sie führt darin 35 mit Urteil abgeschlossene Strafrechtsfälle wegen Verbrechen an ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen an. Insgesamt verurteilte man in Österreich 125 Täter von Tötungs- und Gewaltverbrechen in der letzten Phase der Naziherrschaft (Forschungsstand 2006).

Fotos und Faksimile bereichern diesen Band, der nicht nur den an der Zeitgeschichte Interessierten neue Erkenntnisse vermittelt, sondern auch für jeden niederösterreichischen Lokalhistoriker und Heimatforscher zur Pflichtlektüre gehören sollte. Denn so komprimiert wie hier kann

Präsentation

Das Jura-Soyfer-Archiv

Das Jura Soyfer Archiv umfasst die meisten Originalmanuskripte (nun in digitalisierter Form öffentlich zugänglich), Tausende Fotos, Plakate, Programmhefte, Artikel etc. zu Aufführungen, Ausgaben, Übersetzungen und eine Vielzahl weiterer Dokumente und Materialien. Betreut wird das Archiv, das von der Jura Soyfer Gesellschaft aufgebaut wurde und in deren Besitz ist, vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), in dessen Räumlichkeiten sich das Archiv befindet.

Begrüßung

Univ.-Prof. Dr. Ulf Birbaumer
(Jura Soyfer Gesellschaft),

Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer-Galanda
(wissenschaftliche Leiterin des DÖW).

Lesung

Otto Tausig, der sich seit den vierziger Jahren für die Sammlung und Aufführung Soyfers engagiert hat, liest Gedichte.

Präsentation des Archivs

Wiss. Dir. Dr. Herbert Arlt

Ort: Altes Rathaus, Festsaal
Wipplingerstraße 8,
1010 Wien

Zeit: Mittwoch,
18. Oktober 2005,
19.00 Uhr

Gefördert wurde die Digitalisierung der Manuskripte und die Aufarbeitung der Materialien durch den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, die Stadt Wien (MA 7, Wissenschafts- und Forschungsförderung) sowie das Bundeskanzleramt der Republik Österreich (Kunstsektion).

man die Fakten über den Einsatz ungarisch-jüdischer ZwangsarbeiterInnen in Niederösterreich anderswo nicht finden.

Herbert Exenberger

Jah, Akim, Christoph Kopke, Alexander Korb, Alexa Stiller (Hrsg): Nationalsozialistische Lager. Neue Beiträge zur NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und zur Gedenkstättenpädagogik. Münster: Klemm & Oelschläger 2006. 219 S.

In schöner Tradition des *Workshops zur Geschichte der Konzentrationslager* liegt nun der fünfte Tagungsband in Folge vor. Er geht auf den im November 2004 in Blaubeuren bei Ulm stattgefundenen Workshop von und für NachwuchswissenschaftlerInnen verschiedener Disziplinen zurück, die ihre aktuellen Forschungsvorhaben zur Diskussion stellten. In diesem Sinne versammelt der Tagungsband Skizzen viel versprechender Projekte genauso wie instruktive Forschungsergebnisse der

jungen WissenschaftlerInnen zu überwiegend neu formulierten Fragen der Konzentrationslagerforschung.

Hinter dem unspektakulären Titel verbirgt sich eine durchaus sinnvolle historisch-chronologische und methodische Dreiteilung der Beiträge in 1. Absicherung der Macht: „Frühe Lager“ 1933–1935; 2. Rassismus, Deportation, Genozid: Nationalsozialistische Lager während des Krieges und 3. Erinnern, Mahnen, Bilden? Forschungen zur Theorie und Praxis von pädagogischer Arbeit in KZ-Gedenkstätten. Durch die fast durchgängig eingehaltene Untergliederung der Beiträge mit Zwischenüberschriften und vor allem einem Fazit gewinnt der Sammelband an Lesbarkeit und lädt nicht nur zum gezielten Durcharbeiten, sondern auch zum kursorischen Lesen ein.

Der erste Teil zu den „frühen Lagern“ besticht vor allem durch eine explizite Auseinandersetzung mit den Termini „wilde“ Lager, „frühe“ Lager und „frühe Konzentrationslager“. Anhand der Darstellung konkreter Lager, wie des KZ Oberer

DÖW-Ausstellung online

Seit Ende August 2006 bietet die neue Ausstellungswebsite eine Fülle an Information in deutscher und englischer Sprache zu den einzelnen Themen der DÖW-Ausstellung von der Vorgeschichte des Nationalsozialismus über Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit bis zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nach 1945.

Texte, Bilder, Dokumente und vieles andere mehr ermöglichen weiterführende Recherchen. Fotos und Informationen aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien sowie die Shoah-Datenbank mit Informationen zum Schicksal von über 62.000 österreichischen Opfern des Holocaust sind wesentliche Bestandteile der Präsentation.

Das neue Recherche- und Informationssystem wurde von der Braintrust GmbH programmiert, die u. a. auch die Website der KZ Gedenkstätte Mauthausen gestaltete.



www.doew.at/ausstellung

Kuhberg (Christoph Kopke), des Lagers Kemna in Wuppertal (David Magnus Mintert) und früherer Konzentrationslager und Haftstätten in Berlin (Irene Mayer und Barbara Danckwortt), gelingt es den AutorInnen zu verdeutlichen, dass die „frühen Lager“ keineswegs „wild“ waren, sondern als „Vorläufer und wichtige Experimentierfelder“ (Kopke, S. 17) zur Herrschaftsetablierung der Nationalsozialisten gelten müssen. Durch die exemplarische Auseinandersetzung mit den zu oft unbedacht genutzten Begriffen wird ein wesentlicher Beitrag für die Diskussion zur Typologisierung der Konzentrationslager geleistet.

Der zweite Teil ist weitaus heterogener, erscheint wie ein Pool neuerer Projekte zu Rassismus, Genozid und Deportation. Während auch hier durchweg neue Perspektiven der Konzentrationslagerforschung eröffnet und teilweise anregende Antworten gegeben werden, bewegen sich die Beiträge auf unterschiedlich hohem Niveau. So sticht die aufmerksamkeitsheischende und unreflektierte Terminologie

von Robert Sommer (*Die Häftlingsbordelle im KZ-Komplex Auschwitz-Birkenau*), wie „Sexzwangsarbeit“, unangenehm heraus. So unerlässlich eine historische Untersuchung der Bordelle in den Konzentrationslagern tatsächlich ist, durch eine fast ausschließlich administrative Perspektive auf das Problem gerät die ambivalente, sogar ablehnende Wahrnehmung der Häftlinge auf die Bordelle völlig in den Hintergrund. Auch täte ein differenzierterer Blick, der Frauen nicht nur als Objekte sieht, der Problematik sehr gut. Der durchdachte und um Typologisierung bemühte Umgang mit dem Begriff der „Volksdeutschen“ (Alexa Stiller) unterstreicht dahingegen die Bedeutung einer historisch differenzierenden Perspektive.

Neue Bankverbindung

Bankverbindung und Kontonummer des DÖW:

BAWAG (BLZ 14000)
Konto-Nr.: 05410 028 400

Genauso verdeutlicht Gerhard Wolf mit seinem Beitrag die „rassistische“ Musterung polnischer ZwangsarbeiterInnen und trägt mit seinen Überlegungen zum bisher unzureichend thematisierten Spannungsfeld Herrschaftsrationalität und Ideologie bei. Die Untersuchungen zu den Lagern Jägala in Estland (Meelis Maripu) und Drancy in Frankreich (Janine Doerry) verweisen mit klug formulierten Fragen auf anhaltenden Forschungsbedarf.

Erfreulicherweise wird auch dieser Tagungsband mit Beiträgen zur Gedenkstättenpädagogik abgerundet. Imke Scheurich und Verena Haug stellen jeweils ihre Forschungsprojekte zur Theorie und Praxis von pädagogischer Arbeit in KZ-Gedenkstätten vor. Komplementär ergänzen sich diese beiden Beiträge. So fragt Imke Scheurich anhand einer Diskursanalyse nach den Aufgaben der historischen und politischen Bildung in KZ-Gedenkstätten, während Verena Haug in der pädagogischen Praxis nach dem Verhältnis „gesellschaftlicher Erwartung und geschichtspolitischer Absichtserklärung“ (S. 207) sucht.

Auch wenn dieser Sammelband dem bisherigen interdisziplinären Anspruch des Workshops nicht ganz gerecht wird, stellen die NachwuchswissenschaftlerInnen erneut nachdrücklich unter Beweis, wie unerlässlich ihre überwiegend auf hohem Niveau argumentierenden Beiträge für die neuere Konzentrationslagerforschung sind.

Juliane Brauer

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

**G. EISENBACHER GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG**

1060 WIEN, WISAGASSE 6, TOP 18
TELEFON: 01/319 20 68; TELEFAX: 01/319 20 67
E-MAIL: office@eisenbacher.net
INTERNET: www.eisenbacher.net

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit:

Juliane Brauer, Herbert Exenberger, Eva Kriss,
Claudia Kuretsidis-Haider, Willi Lasek, Armin
Pfahl-Traugber, Heribert Schiedel.

Impressum:

Verleger, Herausgeber und Hersteller:
Dokumentationsarchiv des österreichischen
Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes
Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa
Mehany-Mitterrutzner, Tel. 22 89 469/322,
e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat,
Tel. 22 89 469/319, Fax: 22 89 469/391, e-mail:
office@doew.at; web: <http://www.doew.at>).

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

- Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen i 23,-, Karton i 19,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück
- Florian Freund, **KZ Ebensee.** Ein Außenlager des KZ Mauthausen, Wien 1990, 48 S. i 2,90 ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., i 4,30 ... Stück
- Florian Freund/Hans Safrian, **Expulsion and Extermination.** The Fate of the Austrian Jews 1938–1945. 62 S. i 4,30 ... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. i 4,30 ... Stück
- Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, **... ihrer Überzeugung treu geblieben.** Rechtsextremisten, „Revisionisten“ und Antisemiten in Österreich, hrsg. v. DÖW, Wien 1996, Deutsch (72 S.)/Englisch (64 S.). i 2,90
Deutsche Ausgabe: ... Stück Engl. Ausgabe: ... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** hrsg. v. DÖW, Bund Sozialdemokr. Freiheitskämpfer, Wien 1996, 135 S. i 6,50 ... Stück
- Franz Danimann, **Flüsterwitze und Spottgedichte unterm Hakenkreuz,** Ephelant 2001, 202 S. Ladenpr. i 22,- ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945.** Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998, 488 S., rund 230 Abb. i 15,20 ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Ergänzungen I,** Wien 2001, 99 S. i 5,80 ... Stück
- Kombiangebot Gedenken und Mahnen in Wien, Wien 1998 und Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. i 17,80 (statt i 21,-) ... Stück
- Brigitte Bailer, **Wiedergutmachung kein Thema.** Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker Verl. Wien 1993. 309 S. Ladenpr. i 27,60 ... Stück
- Claudia Kuretsidis-Haider/Winfried R. Garscha (Hrsg.), **Keine „Abrechnung“.** NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig–Wien 1998, 488 S., i 22,50 ... Stück
- Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich,** öbv und hpt 2001, 959 S., Ladenpr. i 25,40 ... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., i 5,- ... Stück
- Hans Landauer/Erich Hackl: **Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939.** Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2003, 258 S., Ladenpr. i 24,- ... Stück
- 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1963–2003,** Wien 2003, 112 S., i 5,- ... Stück
- Herwig Czech, **Erfassung, Selektion und „Ausmerze“.** Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ 1938 bis 1945, Deuticke 2003, 177 S., Ladenpr. i 19,90 ... Stück
- Thomas Mang, **„Gestapo-Leitstelle Wien — Mein Name ist Huber“.** Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens? Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 1, LIT Verlag 2003, 283 S., Ladenpr. i 19,90 ... Stück
- Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.): **NS-Justiz in Österreich.** Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 3, LIT Verlag 2004, LVIII, 503 S., **Sonderpreis i 25,-** (Ladenpr. i 49,90) ... Stück
- Themen der Zeitgeschichte und der Gegenwart.** Arbeiterbewegung — NS-Herrschaft — Rechtsextremismus. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 4, LIT Verlag 2004, 180 S., Ladenpr. i 9,90 ... Stück
- Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz: **Der Wille zum aufrechten Gang.** Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, hrsg. vom BSA, Czernin Verlag 2005, 335 S., Ladenpr. i 23,- ... Stück
- Thomas Albrich/Winfried R. Garscha/Martin Polaschek (Hrsg.), **Holocaust und Kriegsverbrechen vor Gericht.** Der Fall Österreich, Studien Verlag 2006, 364 S., Ladenpr. i 29,90 ... Stück
- Claudia Kuretsidis-Haider, **„Das Volk sitzt zu Gericht“.** Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954, Studien Verlag 2006, 496 S., Ladenpr. i 53,- ... Stück
- Jahrbuch 2005,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Frauen in Widerstand und Verfolgung, LIT Verlag 2005, 255 S., Ladenpr. i 9,90 ... Stück
- Jahrbuch 2006,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Erinnerungskultur, LIT Verlag 2006, 234 S., Ladenpr. i 9,90 ... Stück
- Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch.** Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., i 29,-

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**
Verlagspostamt
1010 Wien

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S

... Stück